



SPD-Kreisverband Lörrach
Kreisdelegiertenkonferenz
am 2. Juli 2008

Wie viel sind uns Familien wert?

Moderne Familien- und Bildungspolitik für
Chancengleichheit, Bildung und Betreuung

Nicolette Kressl, MdB
Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen

■ Warum wir moderne Familien- und Bildungspolitik brauchen

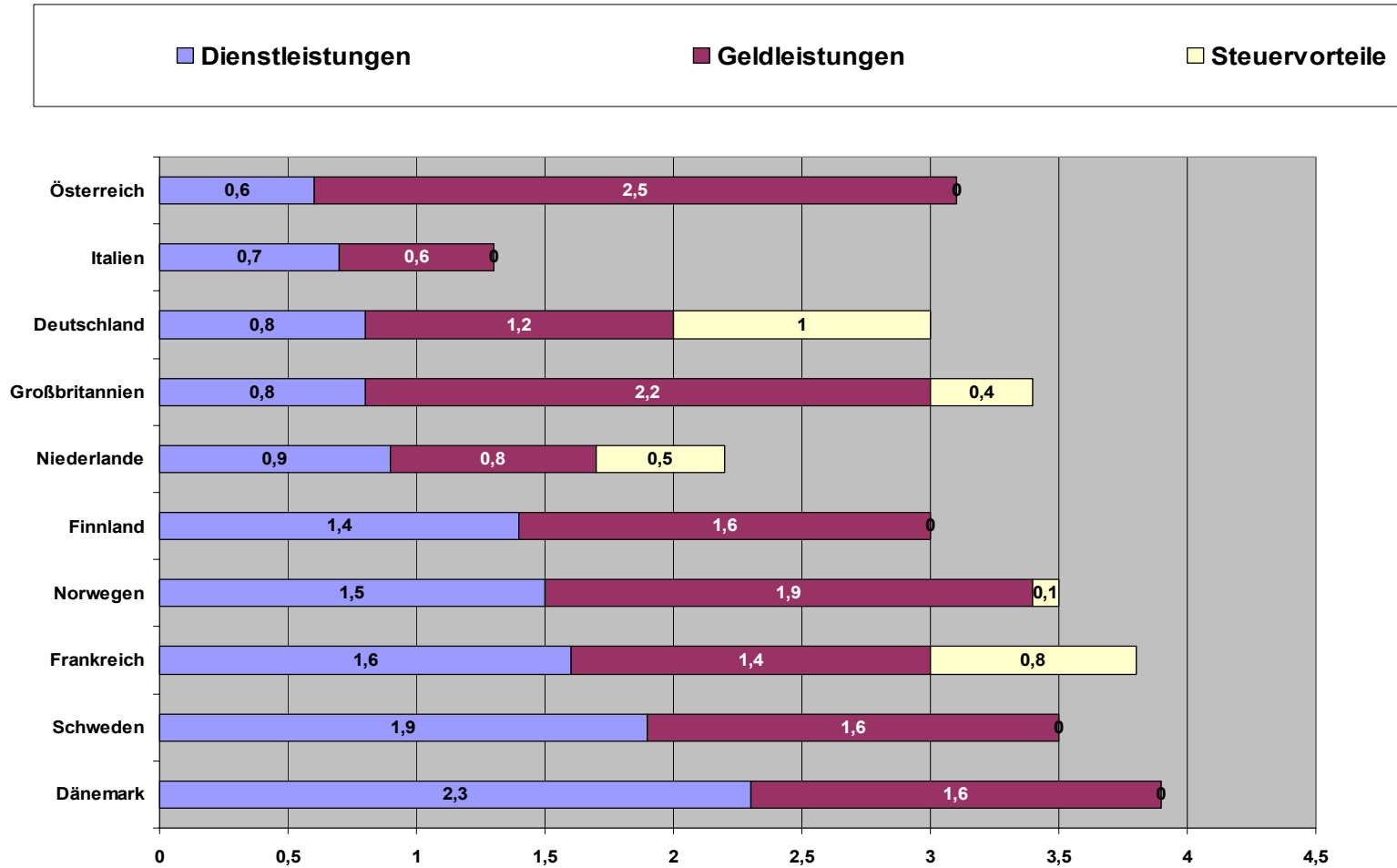
Die tradierte deutsche Familienpolitik

- setzte sehr stark auf pauschale Geldleistungen für Ehe und Familie und insbesondere finanzielle Anreize für Alleinverdiener
- vernachlässigte vorschulische Bildung und Betreuung.

Dieser Ansatz ist weder nachhaltig noch effizient.



Öffentliche Ausgaben für Familien in Prozent des Bruttoinlandsprodukts 2003



Quelle: OECD 2003

■ Jährliche steuerliche Entlastungen für Kinder

➤ **Familienleistungsausgleich** (§§ 31 f. i. V. m. 62 ff. EStG)

1. Kindergeld	35 Mrd. €
2. Kinderfreibetrag	2 Mrd. €* <hr/>
Summe	37 Mrd. €
davon Freistellung des Existenzminimums	20 Mrd. €
davon Förderanteil	17 Mrd. €

➤ **Kinderbetreuungskosten** (§§ 4f, 9 Abs. 5, 10 Abs. 1 EStG) 620 Mio. €

➤ **Ausbildungsfreibetrag** (§ 33a Abs. 2 S. 1 EStG) 150 Mio. €

➤ **Schulgeldabzug** (§ 10 Abs. 1 Nr. 9 EStG) 50 Mio. €

*Auswirkung ESt inkl. Soli.

■ Jährliche steuerliche Entlastungen für Ehegatten

- **Ehegattensplitting** (§ 32a Abs. 5 EStG)
- **Realsplitting** (§ 10 Abs. 1 Nr. 1 EStG)

**Haushalts-
belastung**

ca. 20 Mrd. €

460 Mio. €

Sonstige jährliche familienbezogene steuerliche Entlastungen

	Haushalts- belastung
➤ Entlastungsbetrag für Alleinerziehende (§ 24b EStG)	380 Mio. €
➤ Unterhalt an nahe Angehörige (§ 33a EStG)	290 Mio. €
➤ Pflegepauschbetrag, (§ 33b EStG) sowie Steuerabzug bei Pflege- / Betreuungsleistungen und haushaltsnahe Dienstleistungen (§ 35a EStG)	380 Mio. €

Steuerpolitisches Fazit

Die hier dargestellten
Haushaltsbelastungen im Bereich der
Familienförderung belaufen sich auf
insgesamt **59,3 Mrd. €.**

Der Ausbau der Infrastruktur in Zahlen

Kinder unter 3 Jahren in Kindertagesbetreuung sowie Betreuungsquoten nach Bundesländern am 15.03.2007

	Betreute Kinder		Betreuungsquote ¹⁾	
	Insgesamt	Veränderung zu 2006 in %	in %	Veränderung zu 2006 in Prozentpunkten
Deutschland ²⁾	321 281	12,0	15,5	1,9
Früheres Bundesgebiet ²⁾ ohne Berlin	166 550	21,0	9,9	1,9
Neue Länder ohne Berlin	120 196	2,9	41,0	1,3
Baden-Württemberg	33 027	29,0	11,6	2,8
Bayern	35 066	28,4	10,8	2,6
Berlin	34 535	6,4	39,8	1,9
Brandenburg	23 993	6,7	43,4	3,0
Bremen	1 696	14,0	10,6	1,3
Hamburg	10 457	6,7	22,2	1,1
Hessen	19 747	35,2	12,4	3,4
Mecklenburg-Vorpommern	16 737	1,4	44,1	1,0
Niedersachsen ²⁾	14 061	30,8	6,9	1,8
Nordrhein-Westfalen	31 997	4,2	6,9	0,4
Rheinland-Pfalz	11 892	24,3	12,0	2,6
Saarland	2 717	16,4	12,1	1,9
Sachsen	34 104	4,0	34,6	1,2
Sachsen-Anhalt	26 538	3,1	51,8	1,6
Schleswig-Holstein	5 890	7,0	8,3	0,7
Thüringen	18 824	-2,3	37,5	-0,4

¹⁾ Anteil der betreuten Kinder an allen Kindern in dieser Altersgruppe.

²⁾ Vorläufiges Ergebnis: Angaben zu Kindern in Kindertageseinrichtungen liegen für Niedersachsen für das Jahr 2007 erst als Schätzwert vor.

Quelle: Statistisches Bundesamt. www.destatis.de

Die Kinderbetreuung vor Ort

Landkreis Lörrach (221.787 Einwohner):

- Kinder unter 6 Jahre: 11.666
- Angebot für Kinder von 3 bis 6 Jahren:
(5.838 von insgesamt 6.163 Kindern)
Betreuungsquote: 94,7 %
- Angebot für Kinder unter 3 Jahren:
(506 von insgesamt 5.503 Kindern)
Betreuungsquote: 9,2 %

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder. Kindertagesbetreuung regional 2007 - Ein Vergleich aller 439 Kreise in Deutschland . Erschienen im Mai 2008 (<http://www.destatis.de>)

■ Warum wir moderne Familien- und Bildungspolitik brauchen

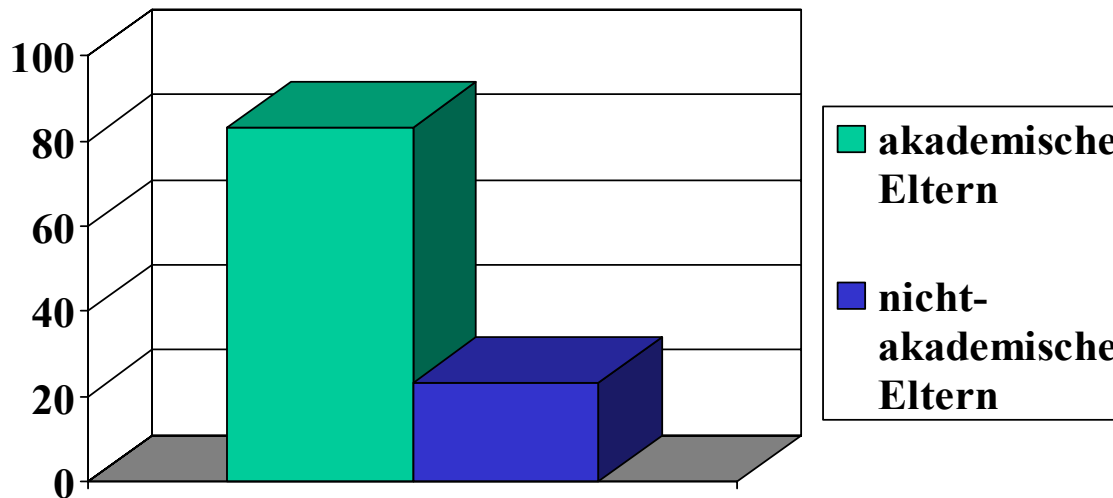
Obwohl wir viel Geld für Familien ausgeben, schneiden wir im internationalen Vergleich nicht gut ab bei

- den Bildungschancen unserer Kinder,
- der Geburtenrate,
- der Frauenerwerbstätigkeit, vor allem bei Müttern mit mehr als einem Kind
- der Vereinbarkeit von Familie und Beruf,
- der Bekämpfung von Armutsrisiken.



Stichwort: Ungleiche Bildungschancen

Studierende Kinder von akademisch und nicht-akademisch gebildeten Eltern*



Bei uns entscheidet die soziale Herkunft über Bildungserfolg!

* Quelle: Deutsches Studentenwerk 6/2007

Von erfolgreichen Nachbarn lernen

Dort, wo Bildung und Betreuung gut ausgebaut sind,
wo Frauen keine Angst vor Arbeitsplatzverlust haben
müssen,

wo sie finanziell unabhängig sind, auch vom eigenen
Partner,

wo auch Männer ermuntert werden, aktive Väter zu
sein,

„werden mehr Kinder geboren.

Und nicht in den Horten der Tradition.“

In: SPIEGEL-Special „Sehnsucht nach Familie“, August 2007

■ Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben deshalb umgesteuert!

Paradigmenwechsel für eine zukunftsfähige Familien- und Bildungspolitik:

Dreiklang aus

- mehr Bildung und Betreuung, mehr Infrastruktur,
- gezielte finanzielle Hilfen,
- mehr Zeit für Familien.

■ Die ersten Schritte sind getan...

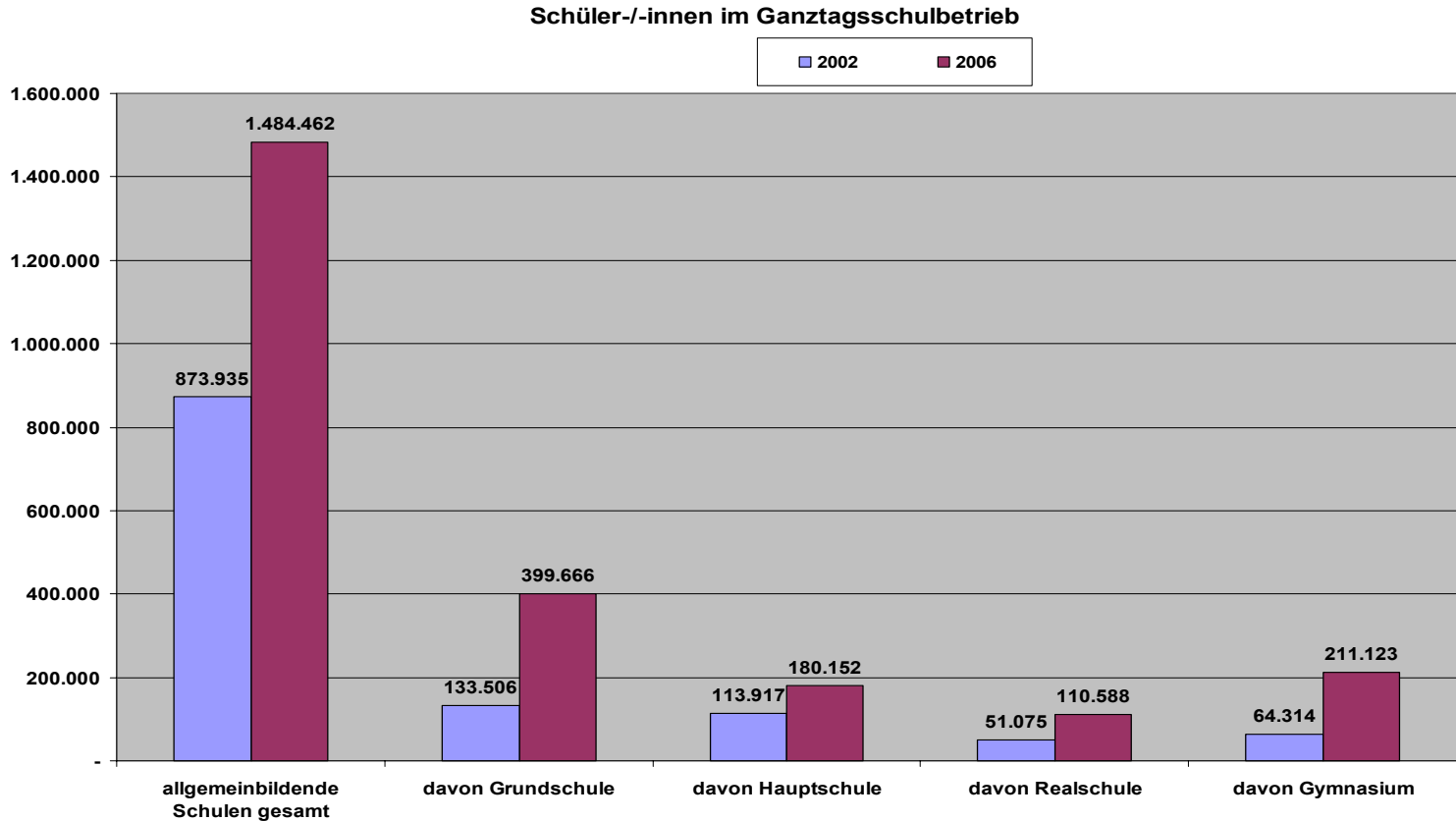
Wir haben **Bildungschancen verbessert** durch

- den bisherigen Ausbau der Kinderbetreuung (TAG),
- Förderung der Ganztagschulen (IZBB),
- Lokale Bündnisse und Allianzen für Familien.



und unsere Politik zeigt Wirkung

zum Beispiel beim Ausbau der Ganztagschulen:



Quelle: Kultusministerkonferenz März 2008

■ Die ersten Schritte sind getan...

Nachdem wir seit Übernahme der Regierungsverantwortung vor knapp 10 Jahren das Kindergeld drei mal erhöht haben, insgesamt um 42 € auf jetzt 154 € monatlich für das erste und zweite Kind, haben wir **zusätzlich** Familien **gezielt** gefördert durch

- Bafög-Erhöhung,
- Kinderzuschlag,
- Elterngeld,
- steuerliche Absetzbarkeit der Betreuungskosten.

■ Die ersten Schritte sind getan...

Wir haben Familien **mehr Zeit** eingeräumt durch

- Rechtsanspruch auf Teilzeit,
- Elternzeit,
- Elterngeld und Partnermonate,
- familienfreundliche Arbeitszeiten durch Lokale Bündnisse.



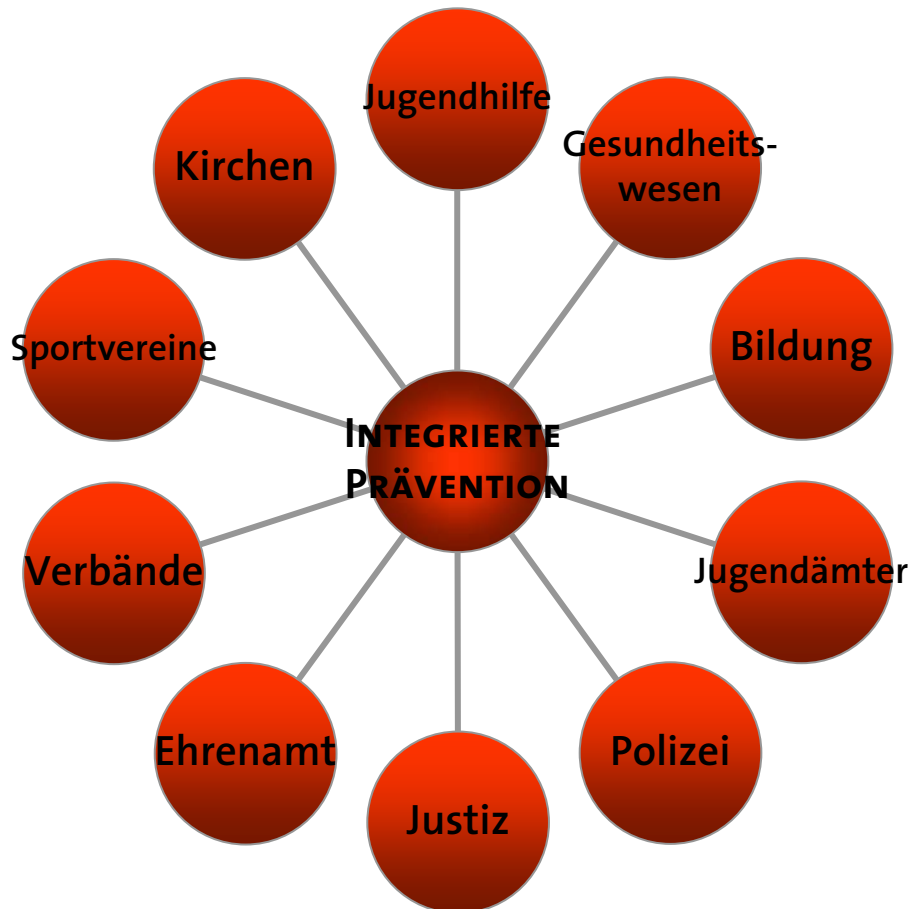
...es müssen weitere Schritte folgen

Mit dem „Aktionsplan für gleiche Lebenschancen: 10 Maßnahmen gegen Kinderarmut“ verpflichtet sich die SPD, konkrete Schritte zur Vermeidung von Kinderarmut zu unternehmen.

Und zwar in *Kommunen*,
in den *Ländern* und
auf *Bundesebene*.

■ Gleiche Lebenschancen in Kommunen

① Flächendeckende Netzwerke für gesundes Aufwachsen



- Gemeinsame Problemanalysen
- Gemeinsame Lösungsansätze
- Aufbau von Kommunikationsstrukturen



Schnellere und effektivere Handlungsfähigkeit

■ Gleiche Lebenschancen in Kommunen

- ② Gesunde Ernährung ist eine Voraussetzung für eine gesunde Entwicklung.

Daher das Ziel für die SPD:

Jedes Kind soll ein Mittagessen erhalten.

Konkret heißt das: zunächst ermäßigt – in der Perspektive kostenlos.

- ③ Ausbau von Eltern-Kind-Zentren: Elternarbeit und Erziehungsarbeit in Kitas und Schulen müssen verknüpft werden, um sowohl Kinder als auch Eltern zu unterstützen.

■ Gleiche Lebenschancen in den Ländern

- ④ Mehr Qualität in der Kinderbetreuung. D.h.:
 - Qualifizierte Aus- und Weiterbildung für ErzieherInnen;
 - Gemeinsame Bildungsstandards und Ausbau des Angebots im Bereich Spracherwerb;
 - Bessere Qualifizierung und soziale Absicherung in der Tagespflege.
- ⑤ Gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule. Denn: Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen!

■ Gleiche Lebenschancen in den Ländern

⑥ Gleiche Bildungschancen für alle schaffen.

Dazu gehört:

- Der Ausbau von Ganztagschulen;
- Der Ausbau integrativer Schulen;
- Die Gewährleistung einer weitgehenden Lernmittelfreiheit;
- Eine 2. Chance für jeden, um nicht ohne Schulabschluss zu bleiben.

Sozialdemokratische Bundespolitik gegen Kinderarmut

- 7 Wir wollen den Familienlastenausgleich gerechter gestalten. Seine Wirkung soll für alle Familien gleich sein. Die Freibeträge sollen so umgestaltet werden, dass alle Kinder gleich gefördert werden. Konkrete Maßnahmen können im Herbst nach Veröffentlichung des Existenzminimumberichts getroffen werden.
- 8 Die Regelsätze müssen geprüft werden und stärker bedarfsorientiert sein. Das BMAS ermittelt einen eigenständigen Kinderregelsatz, differenziert nach Altersstufen.

Außerdem setzt sich die SPD für eine bessere Abdeckung des Schulmittelbedarfs ein, in Form eines Bedarfspakets für bedürftige Kinder von 100 Euro pro Schuljahr.

■ Sozialdemokratische Bundespolitik gegen Kinderarmut

9 Kinderrechte im Grundgesetz.

Wir wollen eine kindgerechte Gesellschaft – daher müssen wir die Rechte der Kinder stärken und im Grundgesetz verankern.

10 Zur Umsetzung dieser Maßnahmen fordert die SPD die Einberufung einer Nationalen Kinderkonferenz. Beteiligt werden sollen das BMAS, das BMFSFJ und das BMG.

Denn nur eine gemeinsame Beteiligung aller politischen Verantwortlichen verspricht Erfolg!

Ein Kernaspekt der Debatte bleibt für die SPD entscheidend: Das Armutsrisiko sinkt, wenn beide Elternteile arbeiten und davon leben können. Kinderarmut bekämpfen heißt daher:

**Gute Arbeit schaffen und
Mindestlöhne einführen.**

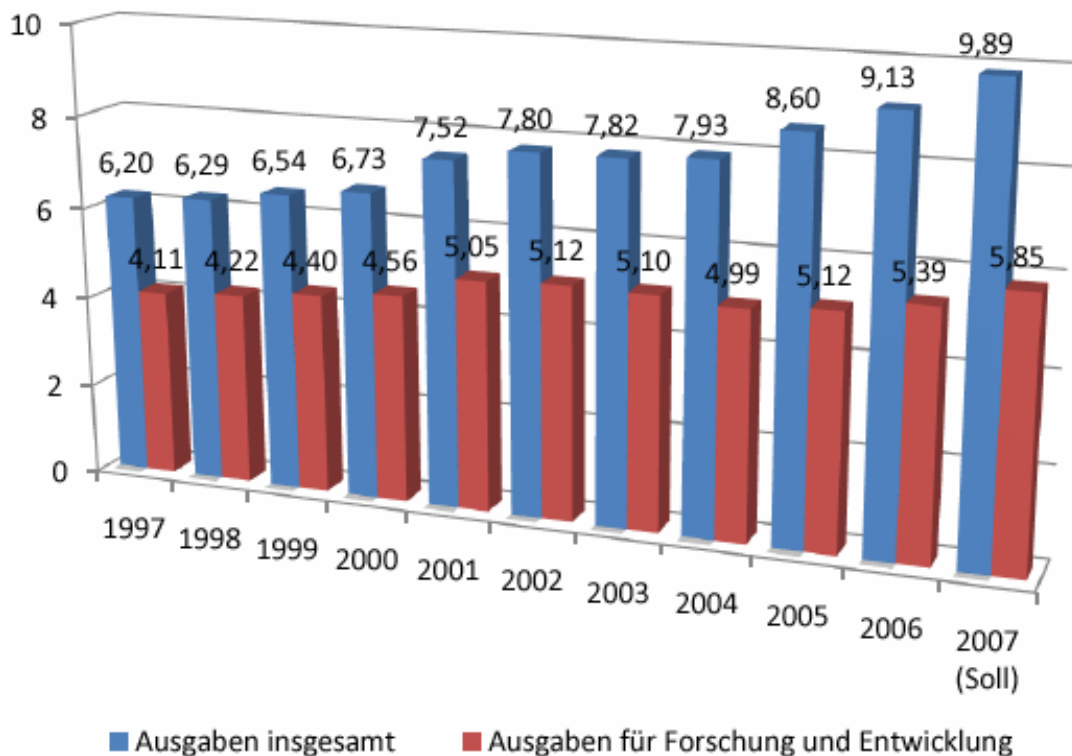
■ Ohne die SPD hätte es das nicht gegeben:

- **Hochschulpakt:** Insgesamt stellt der Bund bis 2010 rund 1,27 Mrd. Euro zur Verfügung
 - Aufnahme von über 90.000 zusätzlichen Studienanfängern bis 2010 - davon 15.544 in BaWü; Einstieg in die Vollkostenfinanzierung von Forschungsprojekten.
- **Ausbildungsbonus:** 450 Mio. Euro bis 2012; 240 Mio. Euro für die Berufseinstiegsbegleitung bis 2014.
- **BAföG:** ab dem Wintersemester 08/09
 - 10% mehr BAföG; 8% höhere Einkommensfreibeträge; ca. 100.000 zusätzliche Empfänger. Der Bund stellt 2008 ca. 140 Mio. € und dann dauerhaft bis ca. 350 Mio. Euro pro Jahr zur Verfügung.



Öffentliche Ausgaben für Bildung und Forschung

Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung: Ausgaben des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (in Mrd. Euro)



Quelle: BMBF 2007

Bessere Bildungschancen und Vereinbarkeit

Wir wollen individuelle Förderung von Anfang an durch

- Rechtsanspruch auf Bildung, Betreuung und Erziehung ab 1,
- bessere Qualität der Kitas, z.B. durch bessere Aus- und Weiterbildung für ErzieherInnen,
- bessere Qualität der Kindertagespflege,
- gebührenfreie Ganztagsbetreuung,
- Ausbau der Ganztagschulen.

■ einen großen Schritt ...

machen wir nun:

Der weitere Ausbau für Kinder unter drei Jahren auf 750.000 Plätze bis 2013!

- Garantie für Eltern:
Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab 2013,
- Bund beteiligt sich am Ausbau und dauerhaft am Betrieb,
- Baden-Württemberg erhält rund 296 Mio. Euro, Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“.

■ dafür verabschieden wir...

- Gesetzespaket mit Änderungen im Kinder- und Jugendhilferecht, dem Rechtsanspruch, Änderungen im Finanzausgleichsgesetz zur Neuverteilung des Umsatzsteueraufkommens: Ziel: in Kraft treten: 1.1.2009
- das Betreuungsgeld der CSU haben wir verhindert
- das Gesetz zur Errichtung des Sondervermögens (Kinderbetreuungsfinanzierungsgesetz) haben wir bereits verabschiedet, seit dem 01.01.2008 kann aus Bundesmitteln investiert werden

■ der Bund beteiligt sich...

Bundesbeteiligung bis 2013: 4 Mrd. Euro
für 35 % Versorgungsquote (ca. 750.000 Plätze).

- 2008 bis 2013: 2,15 Mrd. Euro Investitionen.
- 2009 bis 2013: Festbetrag Umsatzsteuerverteilung
(zusätzliche Betriebsausgaben):
 - 2009: 100 Mio. Euro
 - 2010: 200 Mio. Euro
 - 2011: 350 Mio. Euro
 - 2012: 500 Mio. Euro
 - 2013: 700 Mio. Euro
- Ab 2014: laufend 770 Mio. Euro.

Aktionsplan der SPD-Landtagsfraktion BaWü

- ab 2008 Erhöhung des Landesbetriebskostenzuschusses für Krippen von 10 auf 30 %,
- mittelfristig bis 2011 angelegter Ausbaupakt mit den Kommunen (konkrete Vorgaben und Ausbauziele),
- Konzept zur Verteilung der ab 2008 fließenden Investitionsmittel des Bundes auf die Kommunen,
- Nachtragshaushalt: rund 50 Mio. Euro.

■ Andere gezielte finanzielle Unterstützungen

- Kinderzuschlag:
hat sich bewährt, schützt vor Armut, deshalb Weiterentwicklung des Kinderzuschlags für künftig rund 270.000 Kinder (bislang für rund 124.000 Kinder)
- Gebührenfreie Bildung vom Kindergarten bis zur Hochschule,
- Bafög erhöhen,
- Weiterbildung finanziell fördern.



Gezielte Hilfen im Lebenslauf

Geburt

Elterngeld, aufsuchende Hilfen

1 bis 5 Jahre

Rechtsanspruch auf Bildung und Betreuung,
Eltern-Kind-Zentren

6 bis 16 Jahre

Ganztagsschulen

16 bis 18 Jahre

Übergang Schule - Beruf verbessern

18 bis 24 Jahre

bessere Studienbedingungen, BaföG,

zweite und dritte Chancen



Respekt für Entscheidungen aller Eltern

Es ist nicht Aufgabe der Politik, ein bestimmtes Lebensmodell vorzuschreiben. Es ist aber Aufgabe der Politik, Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass Eltern so leben können, wie sie wollen und nicht Rahmenbedingungen nur für ein bestimmtes Familienmodell, dem Alleinverdienermodell, zu schaffen. Und die allermeisten wollen Beruf und Familie vereinbaren. Dafür schaffen wir die Voraussetzungen.

Sowohl Eltern, die sich dafür entscheiden, ihre Kinder zu Hause zu erziehen, als auch Eltern, die ergänzend Betreuungsinfrastruktur in Anspruch nehmen wollen, finden unsere volle Anerkennung.